

# Zeitung

Säufundfünftes Jahrgang.

### Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 7. Sollert, vierteljährlich  
22.50 Mf., durch die Post monatlich  
8.25 Mf., vierteljährlich 24.75 Mf.  
einschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsvorverkauf unter  
Einschluss der Postgebühren. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr ab-  
genommen. Rücksende nur mit der  
Quellenangabe. „Sollert-Zeitung“ ge-  
gründet. Fernr. der Anzeigen-Abt. Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

### Anzeigepreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,  
Familienanzeigen 40 Pf., Ketten-  
die 02 mm breite Millimeterzeile  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenverträge. Erfüllungsort:  
Halle. Erstes täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Geschäfts-  
stellen: Halle, Neue Promen-  
ade 15, Dr. Braubachstr. 17.  
Teleb. Geschäftsstellen: Große  
Weichstraße 52 und Markt 24.  
Verlags-Kont. Leipzig Nr. 2215.

Nr. 308.

Halle, Dienstag, den 5. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Der Friede mit Amerika.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Präsident Harding hat die gemeinsame Friedens-  
resolution des Repräsentantenhauses und des Senates unter-  
zeichnet, und gleichzeitig erläßt er am gestrigen National-  
feiertag eine Proklamation an das amerikanische Volk, in  
der er ausdrücklich die Wiederherstellung des Friedenszu-  
standes mit Deutschland und Oesterreich feststellt. Die  
amerikanische Öffentlichkeit hat freudig von dem historischen  
Ereignis des Friedensschlusses zunächst fast gar keine Kennt-  
nis genommen. Ihre Gedanken waren vollumfänglich mit dem  
großen Vorkampfe zwischen Dampfer und dem Franzosen  
Carpentier beschäftigt. Man kann ja im Zweifel sein, welches  
Volk sich in diesem Falle näherlich kennen hat: das  
amerikanische, das französische oder das deutsche, aber das  
Verhalten der Amerikaner ist darum nicht gleichgültig für  
uns, weil ihre Eigenheiten auch ihre politischen Auswer-  
tungen haben. Es ist gewiß nicht dazwischen einzuwenden, daß  
man jene Erscheinungen registriert und befragt, aber die  
Art, wie hier das amerikanische Sportfieber oft antekend  
gewirkt hat, muß in unserer Lage doppelt abstoßend wirken.

In Amerika wird man allmählich wohl die geschäftliche  
und politische Tragweite des Friedensschlusses begreifen.  
Wirtschaftlich dürfte sich zunächst nicht allzuviel verändern.  
Die Handelsbeziehungen mit Amerika sind schon seit geraumer  
Zeit wieder aufgenommen worden. Ebenso funktioniert der  
Wohlfahrtsrat schon seit langem ungehemmt wieder, und  
die Schiffahrt befindet sich in einem stetigen Aufschwung. Die  
deutschen Forderungen gingen ja zum Teil sehr weit. Man  
gläubte namentlich, daß Amerika eine ausgedehnte Kredit-  
hilfe wenigstens der deutschen Fertigungsindustrie gewähren  
würde oder daß es sogar direkte Forderungen an der deut-  
schen Industrie verleihe. Wie viele Dinge können sich noch  
einmal entwickeln, daß sie jetzt überflüssig kommen sollten.  
Ist aber nicht anzunehmen. So wird die deutsche Ausfuhr-  
industrie in Amerika sich zu holen ist, wie man träumte,  
steht noch fest dahin. Gerade infolge des Krieges hat Amerika  
seine Fertigungsindustrie zusehends entwickelt. Gegen eine all-  
gemeine Konkurrenz sucht es sich mit Schutzzöllen zu schützen,  
und gerade die Herrschaft der Republikaner wird auf diesem  
Gebiete kaum eine Veränderung bringen. Richtig ist aller-  
dings, daß der amerikanische Markt der verarbeitenden  
Industrien bei weitem nicht alle Rohstoffe des Landes auf-  
nehmen vermag. Deutschland wird als Rohstoffkäufer für  
weite amerikanische Interessenteile noch auf lange hinaus eine  
Rolle spielen, und diese Tatsache verleiht uns auch die  
Gewißheit, daß sich die Vereinigten Staaten nicht einfach an uns  
und Europa desinteressieren können.

Einkreisen hat das offizielle Amerika Veranlassung  
genommen, die Annäherung an England zu vollziehen. Die  
„Times“ mitbieten dem Ereignis eine Sondernummer, die  
Präsident Harding benutzt hat, um eine Wollfackel an das  
englische Volk zu richten. Amerika wird voraussichtlich bei  
seiner abnehmenden Haltung gegenüber dem Friedensvertrag  
von Versailles bleiben. Der Friedensvertrag, der zwischen  
ihm und Deutschland geschlossen werden wird, dürfte mehr den  
Charakter eines Handelsvertrages haben. Dennoch denkt die  
Union nicht daran, auf ihre Rechte aus dem Versailles-  
Vertrag zu verzichten. Ihre Vertreter haben bereits die den  
Amerikanern zustehenden Sitze in den einzelnen Kommissionen  
angenommen, und im obersten Rat wird der Vertreter  
Amerikas mit über die Frage der Aufhebung der Sanktionen  
sowie über das Schicksal Oberösterreichs entscheiden. Deutsch-  
land hat im Kriege die Sentimentalität verlernt, und nach  
dem Kriege haben sich meistens die besonnenen Deutschen  
den Köhlerglauben abgewandt, daß Wundungen durch Wun-  
der eintreten. Nichts wäre falscher, als auf Amerikas  
Unterstützung eine große Politik aufzubauen. Amerika wird  
nützlich sein, wenn man sich überprüft, und sich dann stets auf  
die Seite legen, auf der das amerikanische Interesse engagiert  
ist. Es wird gewiß zahlreiche Fälle geben, wo die ameri-  
kanischen und die deutschen Interessen parallel laufen.  
Darauf aber muß sich unsere wirtschaftliche und politische  
Einrichtung einstellen. Das ist die Straße der Vernunft, gegen die  
schließlich niemand amarrschieren wird. Wenn die Welt erst  
einmal den wirtschaftlichen Zusammenhang und die Unzer-  
trennbarkeit der berechtigten Interessen erkannt haben  
wird, dann ist eine Gesundung möglich. Bis dahin heißt es  
für Deutschland: Arbeiten und nicht verzweifeln!

## Die Kriegsprozesse in Leipzig.

Der Fall Stenger-Christus.

Äußerer Verhandlungstage  
(Fortsetzung aus dem Morgenblatt.)

In der am Montag nachmittag fortgesetzten Verhandlung be-  
ginnt sofort

das Plädoyer des Oberreichsanwalts

Dr. Obermann, in der er zunächst ausführt, daß bei Unter-  
suchung der Behauptungen der Angeklagtenliste über den Befehl, Ge-  
fangene werden nicht gemacht - Parolen wird nicht gegeben -  
Verwandte werden erschossen - die Vorgänge vom 21. und  
22. August auseinander zu halten sind. Gleich an die  
Spitze seiner Ausführungen aber stellt der Oberreichsanwalt seine  
Behauptung, daß General Stenger diesen Befehl nicht gegeben hat. Er ist nicht der Mann, der  
den Befehl gegeben hat und das Reichsgericht anläßt, daß

traue ihm den Mut zu, daß er, wenn er den Befehl gegeben hätte,  
das auch hier vertreten würde. Er kommt weiter dazu, daß für  
General Stenger am 21. August gar keine Veranlassung bestanden  
hat, einen solchen Befehl zu geben.

Ich bin auch weit entfernt, dem Herrn Major Crullus den  
Vorwurf der subjektiven Unmaßigkeit zu machen. Ich gebe  
nicht so weit. Denn ich kann mir nicht denken, daß ein  
Befehl, der die Verurteilung von Gefangenen in solchem Maße  
zu stellen und uns anzuhängen. Andererseits bin ich sehr über-  
zeugt, daß uns das, was uns Major Crullus über den Stenger'schen  
Befehl gesagt hat, objektiv unrichtig ist. Ich vermag auch  
die Gründe zwischen diesen sich gegenüberstehenden Aussagen nicht  
zu finden.

Der Oberreichsanwalt kommt nun zu der Aeußerung des Ge-  
nerals Stenger: „Derartige Leute, die von hinten auf uns schie-  
ßen, sollte man direkt niederhauen.“ Diese Aeußerung ist ge-  
fallen, und sie ist fallen gelassen Stenger ist, soweit es sich  
um den 21. August handelt, irgendeiner Veranlassung nicht zu machen.  
Nach diesen Darlegungen geht der Oberreichsanwalt auf die  
Handlungen des Majors Crullus am 21. August ein  
und führt aus: Ich habe hier auf dem Standpunkt, daß Crullus  
geklärt hat, einen solchen Befehl aus dem Munde des Ge-  
nerals Stenger gehört zu haben. Ich glaube nicht, daß dieser  
Befehl nun eine Reihe von Erschießungen Verurteilter vorgekommen.  
Es steht auch fest, daß Crullus die Erschießung eines  
bestimmten Verurteilten selbst ausgeführt hat.  
Major Crullus behauptet aber, nicht er, sondern Major Müller  
habe das angeordnet. Es ist eine eigenartige Tatsache,  
daß der Major Crullus eine ausserordentliche Erinnerung  
für die Handlungen anderer hat, daß diese Erinnerung  
ihm aber im Stich läßt, wenn es sich um ihn selbst handelt.  
Auf Grund der mehrfachen Zeugenaussagen hierüber erachtet  
Dr. Obermann für möglich, daß Major Crullus den Stenger'schen  
Befehl, so wie er ihn empfangen hat, nicht weitergegeben  
hat, daß er selbst sich an der Exekution eines verurteilten Verun-  
deten beteiligt und daß er seinerseits selbst auf zwei Verun-  
deten, am Boden liegende Franzosen geschossen hat.

Es lautet nun die Frage auf, ob ein Strafanspruch des  
Staates wegen förmlicher Willkürlicher Handlungen gegen  
den General Stenger besteht. Der Oberreichsanwalt hat diese Frage  
schon in dem Falle Keimann bejaht und möchte sie wieder be-  
jahen. In seinen weiteren Ausführungen bejaht der Ober-  
reichsanwalt die Rechtmäßigkeit des Befehls auf  
Grund der Bestimmungen der Haager Konvention. Nur Ro-  
sch und Müller sind die einzigen, die sich dem Befehl widersetzen  
wären. Unterhandlung. Unterhandlung. Unterhandlung. Unterhandlung.  
Ist aber nicht anzunehmen. So wird die deutsche Ausfuhr-  
industrie in Amerika sich zu holen ist, wie man träumte,  
steht noch fest dahin. Gerade infolge des Krieges hat Amerika  
seine Fertigungsindustrie zusehends entwickelt. Gegen eine all-  
gemeine Konkurrenz sucht es sich mit Schutzzöllen zu schützen,  
und gerade die Herrschaft der Republikaner wird auf diesem  
Gebiete kaum eine Veränderung bringen. Richtig ist aller-  
dings, daß der amerikanische Markt der verarbeitenden  
Industrien bei weitem nicht alle Rohstoffe des Landes auf-  
nehmen vermag. Deutschland wird als Rohstoffkäufer für  
weite amerikanische Interessenteile noch auf lange hinaus eine  
Rolle spielen, und diese Tatsache verleiht uns auch die  
Gewißheit, daß sich die Vereinigten Staaten nicht einfach an uns  
und Europa desinteressieren können.

Er ist mit dem militärischen Sachverständigen in Ueberein-  
stimmung, daß auf der anderen Seite noch größere Gra-  
uameiten verübt worden sind. Doch muß man sich hüten, sich  
von diesem Standpunkt bei Prüfung der Rechtslage leiten zu  
lassen. Ganz abgesehen davon, ob von der anderen Seite auch  
Strafverurteilungen solcher Gefeldhelfer eingeleitet werden, was nur  
erzwecklich wäre, wenn es gelände würde.  
Der Oberreichsanwalt möchte die Frage der subjektiven  
Strafrechtlichen Verantwortlichkeit aber bejahen, auch wenn  
der Major Crullus für den 21. August vormittag in der  
Tat ein solches Verbrechen begangen hat. Er möchte die  
Strafrechtliche Verantwortlichkeit gerade deshalb bejahen, weil  
eine ganze Reihe Unteroffiziere und Mannschaften die  
Unrechtmäßigkeit des Befehls gefühlsmäßig emp-  
funden haben. In Betracht komme § 116 des Militärstrafge-  
setzes. Es sei zu erwägen, ob der Angeklagte sich nicht einer großen  
Schuldhaftigkeit schuldig gemacht habe, wenn er unterlassen habe,  
ihm über den Befehl genau zu erkundigen.  
Ein weiterer wichtiger Vorwurf sei der, daß General Stenger  
drei Gefangene nachträglich habe erschossen lassen mit der Be-  
merkung, daß sie nicht mehr zu gebrauchen seien. Dieser Vor-  
wurf ist nicht zu erheben. Die ganze Aussage des Zeugen Klein-  
hans über den Befehl genügt für eine Unmaßigkeit, für ein  
Verbrechen.

Was das Verhalten des Major Crullus am 20.  
August anlangt, so gibt der Oberreichsanwalt an, daß er mit den  
Sachverständigen übereinstimmend, daß er nicht einer großen  
Schuldhaftigkeit schuldig gemacht habe, wenn er unterlassen habe,  
ihm über den Befehl genau zu erkundigen.  
„Ich bitte deshalb, den Angeklagten Crullus  
wegen der Vorgänge am 21. August zu bestrafen, ihm aber mit-  
telnde Umstände zuzubilligen, und ihn bestrafe eine Gefängnis-  
strafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.“  
(Durch eine irrtümliche Uebersetzung des W.B. ist dieser Antrag  
des Oberreichsanwalts in anderer Wortfassung als auf Ge-  
neral Stenger bezüglich angegeben. Wir bedauern, daß  
in einem so wichtigen Prozeß die Sache und das Publikum durch  
die Oberflächlichkeit des offiziellen Telegraphenbureaus irrefüh-  
rend werden konnte. Die Schriftl.)

Nach dem Plädoyer des Oberreichsanwalts kamen die Ver-  
teidiger des Major Crullus zu Worte, die Freiprophe-  
tantentage.

Reichsanwalt Dr. Lemke aus Bremen, der Verteidiger  
des Generalleutnants Stenger wiederholt zum Teil  
die Ausführungen des Oberreichsanwalts und hob hervor, es sei  
ganz undenkbar, daß ein deutscher General einen solchen Befehl  
geben habe, wie er hier behauptet worden ist. Dieser  
Befehl ist nicht zu erheben. Die ganze Aussage des Zeugen Klein-  
hans über den Befehl genügt für eine Unmaßigkeit, für ein  
Verbrechen. Dieser Befehl hätte unbedingt eingehalten werden  
müssen. Dafür sei jedoch kein Beweis vorhanden. Die  
Jurisprudenz die diese Verurteilung berechtigt gewesen.

Nachdem die drei Verteidiger ihre langen Ausführungen be-  
endet hatten, erhob sich der

Generalleutnant Stenger

zu einem kurzen, dramatischen Worte.  
„Seit 6 1/2 Jahren werde ich von der Freie der  
gesamten Welt mit dem Worte Kriegsver-  
brecher belegt. Es gereicht mir deshalb zur höchsten Ge-  
nugung, mich hier verzeihen zu dürfen, und deshalb vor-  
her zu den ganzen Weltöffentlichkeit zu sagen, daß ich nie-  
mals ein solches Verbrechen begangen habe. Ich habe mich  
zu keinem Verbrechen. Hoherobersten Hauptes habe ich hier  
erhielt meine Herberzeugung vor den Augen der Welt. Ich habe  
nichts anderes getan, als das geliebte Vaterland und vor allem  
mein geliebtes Volk zu schützen. Ich habe nichts anderes  
getan, als das, was ein Mann in solch einer Lage tun  
müßte. Ich habe mich nicht um die Interessen der Weibens  
meiner tapferen und guten Soldaten, ich bin kein Kriegsverbrecher!“

Der Applaus, der sich nach diesen Worten im Zuscherraum  
entwickelte, wurde vom Präsidenten gerollt. Er bot, dabon Ab-  
stand zu nehmen, da viele Worte von Ex. Stenger'sches an der  
Stelle, an die sie gerichtet waren, ihre Wirkung nicht verfehlen  
dürften.

Hierauf zog sich der Gerichtshof zu kurzer Beratung zurück und  
verteilte am 8 1/2 Uhr, daß die Verurteilung des Urteils Mittwo-  
chsmittag um 3 Uhr erfolgen wird.

## Neue französische Uebergriffe in Oberösterreich.

Die Wälder berichten über einen Zwischenfall, der  
sich beim Einzug der Generalleutnants in den  
Ländern ereignet hat. Als das Gros der einziehenden Truppen  
durch die Friedröschitz zog, trafen die Bewohner in  
Tuberkulose aus und stimmten patriotische  
Lieder an. Darauf rückte die französische Wache  
aus der neuen Kaserne heraus und hieb mit Kolben und  
Gummiknüppeln auf die Menschenmenge ein. In  
der allgemeinen Verwirrung fielen plötzlich einige Schüsse,  
durch die ein französischer Major erschossen  
und mehrere Franzosen verletzt wurden. Durch  
das schiffliche Vorgehen der französischen Soldaten kamen  
mehrere Frauen und Kinder ums Leben. Die Franzosen  
nahmen nach dem Vorfall 20000 Bürger von  
Weichen als Geiseln in Haft, darunter den ersten  
und zweiten Bürgermeister sowie den Sanitätsrat Dr.  
Wiesl. Am Nachmittag wurden die Hauptkirchen von eng-  
lischen Posten besetzt und die Ruhe wiederhergestellt.

Nach einer Meldung des „Kotlan“, aus Kattowitz kehren  
in den Kreisen Kattowitz, Kattowitz, Kattowitz und  
Großschütz überall die polnischen Banden in die  
Dörfer zurück und überfallen die im Vertrauen auf die  
Sünderungaktion in ihre Heimat zurückgekehrten  
deutschen Familien.

## Die Einigungsverhandlungen der Sozialisten.

Die Landeskonferenz der sächsischen S. P. D. wurde am  
Sonntag nachmittag im Leipziger Volkshaus eröffnet.  
Reichstagsabgeordneter Vinkau ermahnte die Anwesenden, bei  
den Verhandlungen der Schwierigkeiten der außen- und  
innenpolitischen Situation gerecht zu werden.  
Am Sonntag wurde nach einer geschlossenen Sitzung die  
Ausnahme über die politische Lage diskutiert. Es wurde  
herausgehoben, daß eine organisatorische Vereinigung mit  
der U. S. P. nicht aufzulegen kommen könne, denn die Pro-  
gramme der beiden Parteien liefen diametral entgegengesetzt.  
Demokratie kämpfe gegen Aristokratie. Aber auch hier  
würde mit der Zeit ein Ausgleich möglich sein, wenn beide  
Parteien von dem Wunsche befreit seien, im Interesse des  
Proletariats zu wirken.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde eine Resolu-  
tion eingebracht, die eine Einigungsformel der Chemnitz  
mit den Chemnitzern beabsichtigt. Die Resolu-  
tion ist, daß die U. S. P. eine Arbeitsgemeinschaft mit der U. S. P.  
mit dem Ziele einer späteren Wiedervereinigung, eine gute Vor-  
arbeit in der sächsischen Regierung gefunden hätte.

Ministerpräsident Bud u. befragte sich, daß die Partei  
der Ministergenossen nicht die genügende Autorität und  
Unterstützung gewährt habe. Bud ging sodann zur poli-  
tischen Lage über. Der U. S. P. dürfe die S. P. D.  
nicht nachsehen. Die sozialdemokratische Bewegung gebe auf-  
wärts, nur müßten auch die Sozialen das Ansehen der  
Regierung haben. Sozialdemokratie lehne Sozialist und  
Demokrat. Nach mit der Volkspartei können wir  
arbeiten. Aber diese Partei muß sich auf den Boden der  
demokratischen Verfassung und der Republik stellen.

Minister Felsch beglückwünschte Bud zu seinem  
Optimismus der Deutschen Volkspartei gegenüber.

Moller u. b. u. sprach gegen die Leute, die in „jugend-  
lichem Feuerzorn“ eine Vereinigung der sozialistischen Rich-  
tungen wollten.

Nach einem kleinen häuslichen Streit zwischen Baber  
und Felsch wurde die Abstimmung über die Resolu-  
tion vorgenommen. Einstimmige Annahme fanden eine Resolu-  
tion für Ausbau des Betriebsrätegesetzes zur Stärkung der  
Arbeiterklasse im Produktionsprozeß und eine andere, die  
sich für Erfüllung des Ententeulimatums und gegen die  
teuren Proporz- und alle indirekten Steuern wendete.  
Die Kompromißresolution zwischen Chemnitz, Dresden,  
Leipzig und Juidau, die ebenfalls angenommen wurde,  
lautet u. a.: Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen  
Partei Sachsens erkläre im Einheitsrat der nach den  
Grundlagen der Sozialdemokratie aufzubauenden deutschen  
Republik die Staatsform, durch die die Leistungsfähigkeit  
des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und  
kulturellem Gebiet bis auf das äußerste gesteigert werden kann  
und die in ihren Wirklungen dem gesamten Volke unbedenklich  
zugute kommen soll. Die gemeinschaftliche Regierungsver-  
beit der sozialdemokratischen Parteien in Sachsen hat be-  
weisen, daß die theoretischen und sachlichen Gegensätze zwi-  
schen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr  
so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wieder-  
vereinigung beider Parteien bilden würden. Die Landes-  
konferenz befandt deshalb den festen Willen, die von den  
beiden sozialistischen Parteien gebildete Regierung zu bilden  
und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern und schärfen  
deshalb vor, nichts unversucht zu lassen, um nicht nur im  
Landtage, sondern auch in den Gemeinderäten Arbeit-  
gemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer späteren  
organisatorischen Wiedervereinigung.

# Der Reichsverband der Deutschen Presse für die Aufhebung der Sanktionen.

Bei den am Montag fortgeführten Verhandlungen des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Hamburg wurde ein von Dr. v. B. v. Berlin begründeter Antrag angenommen, wonach der Reichsverband dafür zu sorgen hat, daß der Ton der Presse, insbesondere bei Volkstimmen die Grenzen der Würde nicht überschreiten darf. Dann wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Presse richtet an die Reichsregierung die ernsthafte Aufforderung, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß die sogenannten Sanktionen" ohne Weiteres aufgehoben werden. Die wirtschaftlichen Bedrückungen und die seelischen Leiden, denen die Bevölkerung der Rheinlande schon durch die erste Besetzung ausgesetzt war, sind durch die weitere Besetzung und infolge der Strafmaßnahmen bis zur Untragbarkeit gesteigert worden. Indem der Reichsverband der Bevölkerung der besetzten Gebiete im Westen und der unter jenen Zwangsmaßnahmen besonders leidenden Presse herbeizudenken zu Fuß lenkt, und ihr für die unerschütterliche Treue zum Deutschen Reich und zur deutschen Sache dankt, spricht er die Erwartung aus, daß die in ihrer Wirkung für die ganze deutsche Volkswirtschaft vernichtende, dem Friedensvertrag widersprechende Zollgrenze am Rhein und die übrigen Sanktionen" alsbald aufgehoben werden. Der Wiederaufbau Deutschlands kann nur geschehen und seine Verpflichtungen können nur erfüllt werden, wenn die Drangsalierungen der wertvollen Bevölkerung und die Behinderung von Arbeit, Handel und Verkehr, die Bedrohung der kulturellen Betätigung und insbesondere auch der Pressefreiheit endlich aufgehoben. Der Reichsverband muß die Presse Deutschlands auf der Welt auf, für die Erfüllung dieser Forderung der Gerechtigkeit nachdrücklich und unmisslich einzutreten.

Mit gleicher Wärme und Herzlichkeit richtet der Reichsverband Gruß und Dank an die Bevölkerung und an die Presse Deutschlands. Es fordert, daß das Land Obersteile, das seit 600 Jahren deutsch ist, ganz und ungeteilt dem Deutschen Reich verbleibe und daß das klare Ergebnis der Volksstimmung geachtet werde. Er bedauert, daß der internationale Austausch sich als unfähig erweisen hat, die deutsche Bevölkerung gegen Gewalt und Verbrechen zu schützen. Der Reichsverband spricht die Erwartung aus, daß durch die baldige Entscheidung des Deutschen Rates im Sinne der Friedensverträge und der Abstimmung dem gequälten Lande endlich Gerechtigkeit werde und somit auch die deutsche Presse Obersteile in kürzester Zeit wieder in den Besitz der vollen Freiheit gelangt.

Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten wurde der Vorsitzende, Hauptgeschäftsführer A. Pippel, Berlin, wieder gewählt. Zum Ort des nächsten Verbandstages wurde München ausgerufen.

## Milderung in der Vollstreckung von Geldstrafen.

Von unabhängiger Stelle wird der „Dena“ geschrieben: Die Vollstreckung gerichtlicher Geldstrafen ist infolge der gedrückt wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen der größere Teil des Volkes zu leben gezwungen ist, oft auf Schwierigkeiten. Die sofortige Bezahlung einer Geldstrafe übersteigt in zahllosen Fällen die wirtschaftliche Kraft des Verurteilten; eine rückständige Vollstreckung führt nicht selten zu einer dauernden Schädigung seiner wirtschaftlichen Lage. Bleibt der Verlust der Bezahlung ganz oder teilweise erfolglos, so wird die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe notwendig. Die Wirkung ist wie eine Allgemeine Verurteilung des wirtschaftlichen Nennens von 23. Juni ausläßt, besonders unermüdlich, weil die Vollstreckung kurzfristiger Ersatzfreiheitsstrafen, um die es sich dabei zumeist handelt, den Verurteilten im allgemeinen nicht befreit, vielmehr seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhöht, seine Familie oft regelmäßig in Mitleidenschaft zieht und seine soziale Stellung untergräbt. Die Erkenntnis der ungünstigen Wirkungen der kurzfristigen Ersatzfreiheitsstrafen hat zu einer häufigeren Anwendung der Geldstrafe geführt; muß nun statt einer Geldstrafe die Ersatzfreiheitsstrafe vollstreckt werden, so ist damit der mit der Wahl der Strafart verfolgte Zweck erreicht. Diesen Nachteilen nach Möglichkeit vorzubeugen,

ist daher eine wichtige Aufgabe der Strafvollstreckung. Dazu bietet sich das Mittel einer der Lage des Einzelnen gerecht werdenden Gewährung von Zahlungsstufen und von Teilzahlungen. Wo die Bezahlung einer Geldstrafe auf Schwierigkeiten stößt oder die Lage des Verurteilten ungünstig zu beeinflussen droht, ist daher mit besonderer Sorgfalt zu prüfen, ob nicht durch Gewährung von Teilzahlungen oder Zahlungsstufen die Bezahlung der Geldstrafe erreicht und damit zugleich die Belastung der Staatskasse mit den Kosten der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafen vermieden werden kann. Die Teilzahlungen müssen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Verurteilten sorgfältig angepaßt werden. Ist der Verurteilte auch bei gutem Willen zur Entrichtung von Teilzahlungen nicht imstande, so ist die bedingte Aussetzung der Ersatzfreiheitsstrafe zu erwägen. Ist der Verurteilte in der Lage zu arbeiten, so kann die Aussetzung in geeigneter Weise davon abhängig gemacht werden, daß der Verurteilte zur Bezahlung der Staatskasse freie Arbeit nach Maßgabe seiner Kräfte leistet (§ 8 der Allgemeinen Verfügungen vom 19. Oktober 1920). Wenn dagegen der Verurteilte trotz des ihm gewährten Entgegenkommens die Zahlung der Geldstrafe schuldhaft unterläßt oder verzögert, ist die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durchzuführen.

## Noch immer die Ergänzungsprüfung.

Am Hauptausfluß des Reichstages befragte der Demokrat Heile, daß der Beschluß des Reichstages bezüglich der Regierungspartei und der Staatsminister nicht ausgeführt werde. Die Frage sei an sich gleichgültig, der Reichstag könne es sich aber nicht gefallen lassen, daß seine Beschlüsse durch die Geheimratie sabotiert würden. Dann wurde der Antrag Peteren, Müller, Fronten, der die Aufhebung der Ergänzungsprüfung für die Sekretäre vorschlag, behandelt. Berichterstatter war der Demokrat Schuldt. Er bedauerte, daß die Regierung die Beschlüsse des Reichstages nicht ausführe und sagte nochmals die Gründe für die Ablehnung der Prüfung zusammen. 198 Petitionen lägen zu dieser Frage vor. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums vertrat die nicht unbedenkliche Meinung, daß die Frage für die Regierung durch die Ablehnung des Militärrentenentwurfes der Deutschen im Reichstag erledigt sei. Rechtlich habe sie dadurch das Vertrauen des Reichstages bekommen und könne ihre Maßnahmen zur Sonderprüfung weiter durchführen. Diese Prüfung sei auch nicht mehr rückgängig zu machen. Schließlich wurde eine Entschließung des Demokraten Debus mit Unterstützung der anderen beiden Regierungsparteien angenommen. Nach ihr soll die Regierung in eine erneute Prüfung eintreten, ob die Ergänzungsprüfung weiter aufrecht erhalten sein muß. Falls dies zutrifft, sollen die Prüfungsbestimmungen für Zivil- und Militäranwärter gleichgeartet werden. Das Gehalt für alle im diesjährigen Haushalt nach Gruppe 7 überführten Beamten ist vom 1. April 1920 rückwärts zu gewähren. Das Gleiche gilt für die seit 1. April 1920 in den Ruhestand getretenen Beamten und die Witwen und Waisen der seit 1. April 1920 Verstorbenen. Weiter eigenartig war wieder der Vorhalt der Deutschen Volkspartei. Sie hatte einen Antrag gestellt, der rückwirkende Kraft für die im Dienste befindlichen und für die im Ruhestand befindlichen vorhat. Sie zog dann diesen Antrag zurück und hat, den Antrag Debus mitunterzeichnen zu dürfen, was ihr gewährt wurde. Die Regierung erhob keinen Widerspruch gegen den Antrag Debus. Angenommen wurde ein Antrag des Demokraten Schuldt, der von allen Parteien unterstützt wurde und der verlangt, daß in den Prüfungsbestimmungen ein besonderer Führungsbericht des Beamten wegzufallen hat.

## Gegen den Alkoholismus.

Am Ausfluß des Reichstages für Bevölkerungspolitik brachte Dr. Strathmann das neue rüchliche Anzeichen des Alkoholismus zur Sprache. Er griff die Regierung scharf an wegen der Verschleppung des längst in Aussicht gestellten Gesetzes zur Bekämpfung des Alkoholismus. Abg. Moses (L.S.) berichtet aus seiner persönlichen Erfahrung über die wachsenden Alkoholmengen; der Selbstverbrauchsstieg von 6 auf 10 Millionen Pfachsen. — D. Wumm begründet folgenden deutschsprachigen Antrag: Die Regierung zu ersuchen, 1. den Geheimgenossen gegen den Alkoholismus den Widerstand bei seinen Überlebensmitteltritt vorzugeben; 2. mit den Vätern in Verbindung zu treten, um dem Ueberhandnehmen von Bars,

Weten, Vorfürben, sog. „Familienrestaurants“ in den oberen Stockwerken Wohnungszug entgegenzutreten; 3. dem Drängen auf Verlangung der Polizei eine von Reichsgesetz nicht nachzugeben; 4. das Ueberhandnehmen der Alkoholtränke bei den Reichseisenbahnen nicht anzulassen. — Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

## Deutscher Reichstag.

Tagung der sächsischen Bürgerbünde. Am Sonnabend wurde in Chemnitz im Handwerker-Vereinshaus der Verbandstag der sächsischen Bürgerbünde abgehalten. In seinem Geschäftsbericht konnte der Geschäftsleiter des Landesverbandes, M. a. Leipzig, nach einer 10 stündigen Fortdauern der Bürgerbündebewegung in Sachsen berichten. Jetzt zählt Sachsen 149 Bürgerbünde, die wieder zu Bezirksbürgerbünden vereinigt sind. Danach erstattete der Vorsitzende, Geheimrat Prof. Dr. G. o. g. Leipzig seinen Bericht. Auch er konnte feststellen, daß sich die Bürgerbündebewegung immer weiter ausbreite. Die Münchener Tagung der Reichsbürgerbünde habe gezeigt, daß die Bürgerbündebewegung Sympathien über die Kreise der Bürger hinaus habe. Große praktische Fragen wurden die Bürgerbünde im kommenden Jahre beschäftigen, vor allem die Frage der Gemeindefortbildung. Ueber kommunale Aufgaben der Bürgerbünde berichtete dann Dr. Peters aus Dessau bei Leipzig. Es gelte besonders die Kommunalisierung von Schulen und Anlagen abzuwehren, die in den Gemeinden jetzt überhand aufzutreten. Das Korreferat zu diesem Punkte der Tagesordnung hielt Korreferent Dr. F. Chemnitz, der sich den Ausführungen seines Vordröners voll und ganz anschloß. Er hob dabei hervor, daß die Bürgerbünde aus der ursprünglichen Abwehrstellung sich jetzt mehr den wirtschaftspolitischen Aufgaben zuwenden. Ueber die fürgerliche und politische Arbeit bei den kommenden Gemeindefortbildungen berichtete Landgerichtsrat Dr. Wunderlich-Leipzig. Nach Referaten über die Technische Hochschule wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Im Anschluß an die Entscheidung des Reichsbürgerbundes empfiehlt auch der Landesbürgerbünd der Sachsen seinen Mitgliedern weitestgehende Unterstützung der partiellen Technischen Hochschule, die ein wertvolles Mittel ist zur inneren Befundung und zur Einmütigkeit in den Grundfragen unseres zerrissenen Volkes. Erwerb der Mitgliedschaft, die kostenlos ist, ist zwingend notwendig, insbesondere seitens der einzelnen Bürgerbündler, umganglich, technisch vorgebildeten, Berufsleuten. Praktische soziale Betätigung ist eine Pflicht für jeden Volksgenossen.

## Auslands-Rundschau.

Das neue italienische Kabinett setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Vorkitz, Innenminister und bis auf weiteres Außenminister; Bonomi, Kolonialminister; Graciani, Justizminister; Rodino, Finanzminister; Soleri, Kriegsminister; Caspari, Marine-Minister; Caviglioglio, öffentliche Arbeiten; Mignoli, Landwirtschaft; Mauri, Industrie und Handel; Boletti, Arbeit und soziale Fürsorge; Beneduce, Post und Telegraphen; Giuffrida, bereite Gebiete; Raineri, Tonami wird das Ministerium des Auswärtigen bis zum Eintreffen der Antwort des Marquis della Torretta führen, der sich zurzeit im Auslande befindet.

**Dujardin**  
das wunderbarste  
Weinbrand.  
DUJARDIN & CO. G.m.b.H. ÜRDINGEN a.H.  
LADOCHELLE (Cognac-CHARENTAIS MARQUE)

Zu beziehen durch den Handel. - Bezugsquellenweis durch das Generaldepot für Mitteleuropa: Herm. Sasse, Magdeburg. Fernspr. 309 und 2671. Teleg.-Adr. „Arminius“.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Mittwoch, den 6. Juli. Inhalt: Die Hermeza. Roman von Elisabeth Dill. — Diebstahl in der Tierwelt. Von Th. Zell. — Mit-Berlin. Von Karl Demmel. — Im Filmtheater. Von Elisabeth Dill. — Von den Frauen. Von Dr. E. Waer. — Schach.

## Der Koch nach Bildung.

Von  
**Martin Gersthauser.**  
(Nachdruck verboten.)

Ein Telegrammempfänger.  
Vor mir gibt ein junges Mädchen ein Telegramm auf. Ein schiefhalsiges, schlotterndes Ding, das ängstlich die Worte hinter dem Schalter beodachtet. Hinter dem Schalter sitzt der Postbeamte, ein Mann mit einem dicken Kopf, roten Backen und einem schwarzen Sechsindehlsausbart.  
„Zwei Telegramme auf einmal!“ sagt er zu der Kleinen und rumpelt die Sitze. „Und dann bedauert sich natürlich das andere Publikum, daß es so lange warten muß! Na, mir soll's recht sein.“  
Die Kleine erodet und sagt nichts. Das Schalterfenster wird heruntergehoben, und nach einer Minute fährt es wieder hoch. „Das soll ein Brief sein können!“ brüllen, die Telegramme haben den Brief geschrieben, ja! Das Mädchen sagt nichts. „Nur, so was!“ knurrt der Beamte, und das Schalterfenster wird wieder heruntergehoben.  
Das Schalterfenster fährt hoch. „Soll das ein B sein oder ein 7?“  
Die Mädchen steht nach. „Unvollständig — Ein 1, bitte!“ Fenster herunter. Wieder hoch. Immer wieder.  
„Was? Wo liegt das? Glaubten Sie vielleicht, wir kennen alle Netzer in der Welt auswendig?“  
In Scherz.  
„Telegramm? Früher Defterisch, Cieternart? Cieternart? ... Das gehört jetzt zu Ungarn?“  
Ja, dann meinen Ohren nicht. Aber ich habe mich nicht verschätzt. Das Mädchen erodet wieder: „Nein, das gehört auch heute noch zu Deutschland.“  
Geduldig ist die Kleine bereit. Ja, bis an der Reihe. Mein

omte steht es wohlgefallig an und meint dann: „So ist es wichtig. Das kann man doch wenigstens lesen. Ueber dieses ungebildete Volk, Telegramme kriegt man da in die Hand! Unglaublich, diese Unbildung.“

## Aus dem Zuschauerraum von Oper.

Von  
**Ernst Wanderer.**  
(Nachdruck verboten.)

1. Der Bemmensmann.  
Er sitzt meist rechts von mir. Manchmal auch links hinter mir. Oder wo anders. Aber da ist er immer. Er weiß als wohlgezoener Mensch, daß man im Zuschauerraum nicht während der Zwischensätze belegte Brote auspacken und essen soll. Deshalb tut er das auch nicht in den Zwischensätzen. Sondern erwartet, bis es dunkel geworden ist und das Spiel begonnen hat. Dann beginnt auch seine Tätigkeit, die der geistigen Erfrischung die körperliche, der Arbeit der Ohren die der Innenverwertung an die Seite setzt. Und bald festsetzt er mein Interesse so, daß ich auf Orchester und Sänger kaum noch achten kann. Denn der Bemmensmann ist ein — ja, wie soll ich sagen — ist ein multifunktionales Phänomen. Ob er heimlich in einer kleinen Partitur mischt? Ich glaube nicht. Aber dann muß sein multifunktionales Gedächtnis von einer Schärfe sein die für jeden Kapellmeister ein Unmögliche ist. Gabelbar, wie er die exponierten Stellen der Oper im Kopf hat. Inwendig kommt ein ganz kleines gartes Biokroskop. Der Bemmensmann kennt es, dann jukt in dem Augenblick, wo es beginnt, fittiert er geduldig sein Papier zusammen. Inmitten eines Fortschalles stehen zwei schwer aussehende Pianofortinohermannen. Der Bemmensmann erodet sie mit lächelnder Schärfe, um ein verdammtes Weibstrotz laut schallend entgegenzukommen. Und nun hat die große Kurpflanze im finsternen Zwischenspiel. Musikhorrider haben nachzuweisen versucht, daß sie durch einen Zaubertrick ausgestellt werden müße. Uner Kapellmeister stimmt davon nichts zu wissen. Aber der Bemmensmann weiß es, und darum läßt er nun seine biederne Bräuhliche Klapprer und beugten an den Fußboden stellen, daß es in der Oper

Wenn ich aber Operndirektor wäre, würde ich den Bemmensmann auslöschen. Wegen unklarer Weltbetrachtung. Die seifende Befundung seiner Musikalität erodet das Interesse an der Vorstellung.

## 2. Der Elektrogelehrter.

Ob er im Leben diesem wichtigen Beruf zugehört, weiß ich nicht, aber ich meine ihn so, weil er stets eine elektrische Taschenlampe mit ins Theater nimmt. Damit leuchtet er, sobald es dunkel wird, in Textbuch und Theaterzeitung herum. Unaufhörlich. Und der winzige grelle Lichtkegel seiner Lampe ertt dabei regelmäßig auch auf die nächste Umgebung ab. Das gibt denn selbstphantastische Wirkungen. Wenn zum Beispiel die Schläge meines rechten Vorderarmes ich geschlafen hätte aufsunftet. Oder der ebenlo bide wie falsche Kopf meiner linken Vorderarm mit dem gelben Teint des Halsauschnittes, dem abgeblähten Braun der Schlüsselbeine und dem mahligen Rot des Halsrückens zu einer farbenprägnanten Gata Morgana verformt. Oder wohl gar die violette Nase des neben mir sitzenden Vordröners wie ein Nordlicht aus der Dämmerung grüßt. Ich kann den Blick nicht davon wenden, ich muß es anschauen immerdar: dieses unerhoffentlich interessante Licht, Schatten- und Farbenpiel des Elektrogelehrten. Wort und gleichgültig machen mich daneben die seifener Wirkungen der Bühne an.

Wenn ich aber Operndirektor wäre, würde ich den Elektrogelehrten auslöschen. Wegen unklarer Weltbetrachtung. Er nimmt dem Regisseur den besten Wind aus den Segeln.

## 3. Der ganz Schläue.

Er sitzt im „Stegfried“ neben mir. Während der großen Schlußszenen, wo von der Bühne her genaugend Licht strömt, lese ich in meiner Partitur mit. Es ist die reizend in Goldschmitt gebundene Miniaturausgabe in Oktavformat. Ich bemerke, daß der ganz Schläue mir interessiert zuseht. „Nicht. Der ganz Schläue wendet sich zu mir: „Hören Sie, das ist aber ein glänzender Gebante; das werde ich in Zukunft auch so machen. In die Oper einen Roman mitnehmen und bei den langweiligen Stellen lesen!“  
Wenn ich Operndirektor wäre, würde ich den ganz Schläuen auslöschen. Wegen unklarer Weltbetrachtung. Er erledigt in fommischen Opern wie „Stegfried“ die besten Rollen durch mich

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der "Saale-Zeitung".

Rückzug der Insurgenten.

Führende Banden.

Dppeln, 3. Juli. (Drahtnachricht.) Die Interaktierte Kommission teilt mit, daß sich die polnischen Insurgenten am 2. und 3. Juli mehrfach zurückgezogen haben. Der Jägerführer von Dppeln bis Beuten ist wieder regelmäßig aufgenommen worden, ebenso auch der Telefonverleiher bis Kleinitz. Der Eisenbahnverleiher von Kleinitz nach Kattowitz und von Kleinitz nach Köhnitz ist wieder unterbrochen, ebenso der Verkehr von Kattowitz nach Köhnitz. Die Züge wurden von Banden angehalten, durchsucht und ausgeplündert.

Seltene Vorsichtsmaßnahmen.

Die heillose Angst.

Hülfsdorf, 5. Juli. (Drahtnachricht der B. Z.) Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hatte in einer Note die Aufmerksamkeit der Reichsministerkonferenz auf die in besetzten Gebieten bestehende Einrichtung von Schutzformeln in den Wäldern der Bezirke von Ludwigsbühl, Worms und Mainz-Kastell gelenkt. Er machte darin geltend, daß diese Maßnahmen weder von der Reichsministerkonferenz noch im Friedensvertrag noch im Rheinlandabkommen vorgesehen sind und er ersuchte die Konferenz, einzutreten in diese Maßnahmen zu verhindern. Die Reichsministerkonferenz hat dem Reichskommissar auf diese Note mitgeteilt, daß sie sich dem von ihm vertretenen Standpunkt nicht anschließen könne. Die Arbeiten bildeten in der Tat einen Teil des Verteidigungsplanes der Rheinarmee und seien vom Kommando, das für die Sicherheit der Schutztruppen verantwortlich sei, als unerlässlich erachtet worden. Die Wälder der besetzten Gebiete, die gegebenenfalls eine solche und vollständige Besetzung der Wälder ermöglichen, sei eine elementare Vorsichtsmaßregel, die ein verantwortlicher Führer in keinem Falle außer Acht lassen könne.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Wollverfeinerung des Wollverwertungsverbandes Deutscher Landwirtschaftsvereine. Die zehnte diesjährige Wollverfeinerung findet in Berlin am 14. Juli statt. Es kommen etwa 3500 Zentner Schmutzwollen verschiedener Qualitäten unter den Hammer.

Leipziger Börsennotierungen von heute.

(Telegramm der "Saale-Zeitung").

Allg. Deutsche Kreditbank 187. Walfelder Kuxe 4680. Zimmermann Halle 221. Leipziger Wertpapiere 427. Sandermann & Söhne 300. Leipziger Kommern 9. Sühr & Co. 795. Brauerer Niebe 315. Glauzler Juder 725. Halle Juder 449. Körsbörder Juder 530. Halle Zement 149,50. Hugo Schmidt der 365. Tendenz an der Leipziger Börse ruhiger.

Produktenbericht.

Berlin, 5. Juli. (Telegramm.) Am Produktenmarkt wirkte der starke Bedarf für Futtermittel in Groß-Berlin befriedigend, namentlich auf Mais und sofort greifbare Futtermittel. Andere Hülsenfrüchte sowie Lupinen und Geraden hatten sehr ruhiges Geschäft. Raps und Rüben wurden den Wäldern gekauft. Rapsfrüchten war begehrte. Dorfweisse wurde höher gehalten.

Produktenbericht.

Berlin, 5. Juli. (Telegramm.)

Schlafrichtige Ermittlungen per 50 kg. ab Station.

Table with columns for 'Heute' and 'Gestern' listing various commodities like Speiseerbsen, Futtererbsen, Weizen, etc.

Metallnotierungen.

Berlin, 15. Juli. (Telegramm.) Raffinadewasser 98 bis 99proz. 1804, 1810. Oria-Büthenweißblei 655, 665. Oria-Büthenzinn 600, ab Oberbleichen 765, 775; ab Oria-Büthen (Preis des Zinkbleiwerkes) 744. Oria-Büthen-Aluminium 98-99proz. (in Gefäßblei) 2750. Oria-Büthen-Aluminium (in Walzblei oder Drahtbarren) 2850. Zinn: Banca 4600, Straits 4800, Austral 4800. Büthenzinn mindestens 99proz. 4650. Reinblei 98-99proz. 4200. Antimon 725. Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Ra. 1300, 1310. Elektrolytzwasser (per 100 Ka.) 2143.

Berliner Börsensitruationsbild.

Berlin, 5. Juli. (Telegramm.) Die Umfindung der neuen Steuerordnungen führte an der Börse anfänglich zu einem Rückschlag gegenüber dem gestrigen starken Kaufantrieb. Die Kursbewegung gestaltete sich unregelmäßig, und das erhebliche Anziehen der Devisenkurse wirkte nachteilig auf die allgemeine Stimmung ein, diente aber andererseits auch als Stütze für den Tabakmarkenmarkt. Stark begehrt waren heimische Braunkohlenaktien. Im späteren Verlauf schwannten die Kurse bei mäßigem Geschäft. Erheblich gedrückt waren Westereisen-Aktien, die 20 Proz. verloren, während Augsburg-Münchener Maschinen ihre Steigerung fortsetzten. Kolonialwerte waren fest, aber nur mäßig höher. Wertpapiere zogen im Laufe am im Zusammenhang mit der Devisennotierung. Am Anlagemarkt änderte sich nichts von Bedeutung. Deutsche Anleihen blieben gut begehrt.

Devisen.

Berlin, 5. Juli. Dollark 2487,55, 2442,45. Belgien 589,40, 590,80. Norwegen 1051,40, 1053,60. Dänemark 1250,20, 1253,50. Schweden 1620,85, 1624,15. Finnland 128,10, 128,40. Skandinavien 360,10, 360,90. Ungarn 277,20, 277,80. Amerika 74,29 1/2, 74,45 1/2. Frankreich 594,40, 597,80. Schweiz 1246,25, 1248,75. Spanien 951,50, 953,50. Wien alt. A. belgischen. Deutsch-Oesterreich abh. 12,38, 12,42. Prag 97,50, 98,--. Diemelst 27,37, 27,43.

Franz Samson & Co., Kom. Ges. Halle a. S. Bankgeschäft Leipzigstr. 76 An- und Verkauf von Effekten.

Kursnotierungen vom 5. Juli 1921

Table with columns for 'Festverzinsliche', 'Eisenbahn-Aktien', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', 'Kolonialwerte', 'Reinhold Stecker', and 'Aktien' listing various securities and their prices.

Hallische Börse.

Table with columns for 'Anleihen', 'Aktien', and 'Schiffverkehr auf der Elbe' listing various financial instruments and shipping news.

Halle a. S., den 2. Juli 1921.

